



Interviews

Datum: 17. Juli 2024

Interview mit Michael Link (FDP), Koordinator der Bundesregierung für transatlantische Zusammenarbeit zur Nominierung Trumps auf Republikaner-Konvent in Milwaukee nur noch Formsache - Was würde Wahlsieg des Favoriten für Deutschland und Europa bedeuten? Im Gespräch mit Thielko Grieß.

Thielko Grieß: Vor allem Einigkeit wollen die Republikaner demonstrieren und kommunizieren bei ihrem Parteitag in Milwaukee (Wisconsin), der diese ganze Woche über läuft. Was dort passiert, das wird Konsequenzen haben für die verbleibenden Monate im Wahlkampf, und dieser Wahlkampf und die Wahl selbst und ihr Ausgang werden Folgen haben für die Partner der Vereinigten Staaten, auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Michael Link koordiniert die transatlantischen Beziehungen, vor allem die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Michael Link ist Mitglied der FDP, auf dem Weg nach Milwaukee schon gelandet in den Vereinigten Staaten. Er wird sich die Republican National Convention in den nächsten Tagen anschauen. Erste Gespräche sind schon geführt.

Es ist kurz nach 22 Uhr auf der Armbanduhr von Michael Link und hier in Deutschland ist es 5:07 Uhr. Herr Link, guten Morgen.

Michael Link: Guten Morgen nach Köln.

Grieß: Eine Entscheidung haben die Republikaner auch schon getroffen, wer Vizepräsident werden soll: James David Vance. Das wird er nur, wenn Donald Trump wiedergewählt werden sollte. Herr Link, welches Bild haben Sie sich von Vance gemacht?

Link: J. D. Vance, wie er in der Abkürzung schon medientauglich oder wahlkampf-tauglich genannt wird, war auf der Sicherheitskonferenz im Februar in München. Dort hat sein Auftritt durchaus Spuren hinterlassen, als er sehr hart und sehr, sehr deutlich seine Kritik zum Beispiel an der Unterstützung der Ukraine gemacht hat. Jetzt hier scheint es mir so zu sein, dass Trump sicherlich auch wegen des Themas Ukraine, aber vor allem wegen des Werdegangs Vance sich herausgesucht hat, denn er kommt aus einfachen Verhältnissen in Ohio, in der Art von sogenannten Swing States, den hart umkämpften Staaten Wisconsin, Michigan, Pennsylvania, wo vielleicht genau dieses Modell einfacher Herkunft, sich hochgearbeitet und die Interessen dieser hauptsächlich weiß geprägten Bundesstaaten vertretend, am Ende den Ausschlag geben könnte. Das scheint mir das Kalkül zu sein, was Trump hier angelegt hat bei J. D. Vance.

Grieß: Es hatte Hoffnung gegeben, dass man Donald Trump aus europäischer Sicht vielleicht noch ein bisschen überzeugen könnte, dass es wichtig sein kann, dass es Argumente dafür gibt, der Ukraine zu helfen. Sind diese Hoffnungen jetzt zerstoßen?

Link: Die sind momentan – und da spüre ich bei vielen Republikanern hinter den Kulissen durchaus auch Bedenken; die sagen die nicht offen. Aber ich spüre, dass viele Republikaner auch Sorge haben, dass Trump im Wahlkampf jetzt beim Thema Ukraine überzieht. J. D. Vance jedenfalls ist ganz eindeutig ein Vertreter dieser Linie, die der Ukraine weniger helfen will. Er sagt, wieso lassen wir uns da hineinziehen, wir sollten vielmehr dort einen anderen Weg gehen. – Das ist etwas, das wird uns mit Sicherheit, sollte Trump gewinnen und mit diesem Team zusammen, dem Spitzenkandidaten und dem Vizekandidaten J. D. Vance, beschäftigen.

Grieß: Das versuchte Attentat auf Donald Trump am vergangenen Wochenende bei der Wahlkampfveranstaltung, macht das und die Folgen davon, machen sie eine Wiederwahl Trumps womöglich wahrscheinlicher?

Link: Momentan hat er jetzt ein Hoch in den Umfragen. Das ist völlig klar. Es gibt jetzt ganz deutlich messbare Effekte. Wie lange die anhalten, wir wissen es nicht. Man darf auch nicht vergessen, dass der Wahlkampf noch über vier Monate dauert. In über einem Monat steht noch der Parteitag der Demokraten an. Es kann wirklich noch viel passieren. Dennoch: Nach heutigem Stand hat Trump die Nase vorne und es wird für die Demokraten mit Sicherheit ein sehr schwerer Wahlkampf.

Grieß: Wir haben gestern Morgen hier im Deutschlandfunk Jens Spahn gehört, CDU-Politiker, der sich auch bei der Republican National Convention aufhält. Jens Spahn hat gesagt, er sehe durchaus die eine oder andere Schnittmenge bei Themen zumindest, bei denen man sich mit Donald Trump auch einigen könnte. Er nannte Migration als ein Beispiel. – Sie, Herr Link, sind FDP-Politiker. Welche Schnittmengen sehen Sie mit Donald Trump?

Link: Ich glaube, die Situationen an der Grenze der USA in Richtung Süden, vor allem Richtung Mexiko und den anderen angrenzenden Gebieten in Mittelamerika, und unseren Außengrenzen an der EU sind nur wirklich ganz marginal vergleichbar. Wir sind viel exponierter. Wir haben eine EU-Außengrenze, die Richtung Süden und Richtung Osten massiv unter Druck steht, vor allem momentan ganz massiv von einem wirklichen feindlichen Verhalten

Russlands umgeben, die versuchen, Migration auch als Waffe gegen uns einzusetzen. Das ist schon noch mal was anderes als die Situation in den USA.

Was Spahn damit genau meint, das müssen Sie ihn fragen, wo er die Parallelen sieht. Mit Sicherheit allerdings müssen wir genau das ernstnehmen, was bei uns ist, nämlich dass wir die EU-Außengrenzen deutlich besser schützen müssen und dass wir auch sehen müssen, dass Russland hier einen, uns gegenüber ganz eindeutig feindlichen Kurs fährt.

Grieß: Beginnen manche deutsche Politiker, sich einzustellen, auch thematisch und in der Tonalität, auf einen möglichen Präsidenten Donald Trump?

Link: Ich glaube, dass jetzt so viele deutsche Politiker hier sind – Jens Spahn haben Sie erwähnt, aber es sind auch andere aus CDU/CSU da, natürlich auch aus der SPD; ich selber bin auch als Vertreter der FDP hier -, das ist gut, dass wir hier sind, denn diese Gespräche muss man ja führen. Unabhängig davon, welche Farbe oder welches Parteibuch oder wer tatsächlich im Weißen Haus sitzt, bleiben die USA unser mit Abstand wichtigster Partner, militärisch, politisch, wirtschaftlich, aber wissenschaftlich auch, und deshalb muss man darauf eingehen. Ich bezweifle allerdings, dass man mit einer Charme-Offensive gegenüber Trump viel erreichen kann. Was man vor allem machen muss ist, vielleicht weniger auf ihn starren, ihn studieren, auch die Methoden studieren, die er macht, aber vor allem selbst Lehren daraus ziehen. Wir müssen selbst als EU wettbewerbsfähiger werden und als europäischer Pfeiler der NATO auch stärker werden. Nur das wird letzten Endes in seiner Art, wie er Politik macht, ihn beeindrucken können.

Grieß: Manches davon wird notwendig sein, sagen viele Beobachter, völlig unabhängig davon, ob Trump gewinnt oder ob Biden gewinnt oder wer auch immer noch als Kandidat bei den Demokraten aufgestellt werden wird. Andererseits, Herr Link: Diesen Appell, Europa müsse wettbewerbsfähiger werden, wie Sie es gesagt haben, und für seine eigene Sicherheit sorgen und so weiter, den habe ich nun schon wirklich 1598mal gehört. Aber es passiert ja nicht sehr viel und dabei verrinnt die Zeit.

Link: Stimmt! Da haben Sie richtig gekontert. Auf der anderen Seite: Es gibt dennoch eine neue Situation. Wir haben gerade ganz aktuell – und das finde ich auch gut, dass die Europäische Kommission gegenüber Orbán so deutlich reagiert – die Situation, dass wir mit Orbán einen Ratspräsidenten haben, den man nicht so gewähren lassen kann. Wir haben momentan eine Situation in der EU, wo alle Spitzenpositionen neu besetzt werden, und das ist die große Chance, jetzt auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich das zu tun, was wir seit langem wollen.

Wenn wir tatsächlich Mehrheitsabstimmungen in der Außen- und Sicherheitspolitik hätten, würde das die EU zu einem wesentlich stärkeren Faktor in der Außen- und Sicherheitspolitik machen, und genau das brauchen wir gegenüber einem Akteur wie Trump, der sehr darauf setzt, seine Gegenüber immer erst mal bilateral zu behandeln, nicht die EU ernst zuzunehmen, sondern durchaus auch die Partner zu spalten und dann zu seinen Bedingungen Deals zu machen. Das macht er im Bereich der Sicherheitspolitik, das macht er im Bereich der Handelspolitik. Gerade weil die USA als Verbündete für uns so wichtig sind, müssen wir, wenn Trump wiedergewählt wird, besonders einig auftreten. Das klingt vielleicht nicht originell, ist aber jetzt extrem wichtig, und es gibt auch die Chance, das zu tun.

Grieß: Jetzt habe ich gerade gedacht, das klingt vor allem paradox, Herr Link, weil Viktor Orbán unterwegs war zu Gesprächen in Moskau, in Peking, aber auch in Florida bei Donald Trump. Den haben Sie nun gerade erwähnt und der ist EU-Ratspräsident und das soll die Chance sein, eine gemeinsame EU-Außenpolitik stärker zu machen?

Link: Momentan hat Orbán immer das Sagen oder mit das Sagen, weil wir Einstimmigkeit haben. Deshalb war es ein ganz wichtiges Signal, dass sowohl Borrell, der Außenbeauftragte, als auch die Kommission insgesamt gesagt hat, wichtige große Tagungen werden nicht mehr in Ungarn stattfinden, sondern wir werden Orbán nicht das Mandat geben, hier für die EU zu sprechen, sondern wir wollen überlegen, wie können wir die EU von ihren Entscheidungsabläufen handlungsfähiger machen. Das ist, glaube ich, wirklich etwas, was seit langem gesagt wird, und jetzt wäre der Zeitpunkt, es auch tatsächlich zu tun. Denn wie gesagt: Ansonsten kommen wir bei diesem Punkt nicht weiter. Und Trump beobachtet sehr genau, ob die EU in der Lage ist, jetzt sich zusammenzurufen und auch die Alleingänge Orbáns zu sanktionieren.

Grieß: Wenn er denn verstanden hat, wie die Europäische Union funktioniert.

Link: Richtig, das auf jeden Fall. Aber genau das wird uns auch nie gelingen, das deutlichzumachen, wenn wir nicht in der Lage sind, schneller zu entscheiden. Das gut gemeinte Prinzip der Einstimmigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik war in der Anfangszeit der EU, vielleicht auch noch später sehr wichtig. Heute ist es ganz eindeutig eine Bremse. Aber wir werden das nur erreichen, wo gerade die Kommission neu aufgestellt wird, wo gerade ein neues Europäisches Parlament gewählt wurde. Jetzt ist der Zeitpunkt, das tatsächlich anzugehen.

Grieß: Alle sagen, wir brauchen gute Kontakte sowohl zu den Demokraten als auch zu den Republikanern in den Vereinigten Staaten, um gerüstet zu sein für egal was kommt. Herr Link, wie macht man das eigentlich, gute Kontakte aufzubauen?

Link: Ich will es mal am Beispiel der Handelspolitik sagen. Wir haben eine extrem enge Beziehung nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich oder im wissenschaftlichen Bereich, sondern gerade bei den Handelsbeziehungen. Da sind die Bundesstaaten, die Gouverneure ganz besonders wichtig. Die republikanischen Gouverneure unterstützen momentan im Wahlkampf alle Trump, aber alle haben auch eigene Interessen. Deshalb glaube ich, dass ein kluger Ansatz da beginnen muss, da ansetzen muss, wo es Interessensübereinstimmungen zum Beispiel in der Handelspolitik gibt zwischen Gouverneuren, zwischen wichtigen Regionen und uns, denn Trump kann, auch wenn er wiedergewählt wird, nicht alleine gegen den Kongress oder auch gegen die Gouverneure regieren. Rein verfassungsrechtlich ist er stark; politisch braucht er allerdings die im Verhältnis zu unseren Ministerpräsidenten sehr viel einflussreicheren Gouverneure und da gibt es sehr viele gemeinsame Interessen. Ein Gouverneur von Virginia oder von Georgia, die wollen alle keinen Handelskrieg mit der EU, sondern die wollen stabile und gute Handelsbeziehungen. Deshalb setze ich mit meiner Arbeit, aber genauso insgesamt die Bundesregierung da an, wo gibt es gemeinsame Interessensübereinstimmungen, und die sind in der Wirtschaftspolitik ganz massiv da. Darüber müssen wir mehr reden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.